



CHB
Court Of The Human Beings
Network Human Rights

CHB – Duty Court
public pre-state court for
primary-prerogative natural law

Court Of The Human Beings
(Art. 73 UN-Charta to Art. 149 GC IV)

Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor
[USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

CHB Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON DC
20181128-V-00000003-GoAZ-5000-1

Referatsleitung – Abt. 501
Jens Matthias LORENZ
c/o Auswärtiger Dienst
Werderscher Markt 1

[DE-10117] BERLIN

DECKBLATT

Court Of The HUMAN Beings (CHB) Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

Federal Republic – Basics StGBI. No. 139/1918 from 19-12-1918
Act of Regulation HK from 05-10-1961, WüD from 18/24-04-1961

Documents of proof:

Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014
Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014
Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013



CHB
Court Of The Human Beings
Network Human Rights

CHB – Duty Court
public pre-state court for
primary-prerogative natural law

Court Of The Human Beings
(Art. 73 UN-Charta to Art. 149 GC IV)

Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor
[USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

CHB Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON DC
20181128-V-00000003-GoAZ-5000-1

Referatsleitung – Abt. 501
Jens Matthias LORENZ
c/o Auswärtiger Dienst
Werderscher Markt 1

[DE-10117] BERLIN

per Telefax: 030 18-17-3402

30.11.2018 n. Chr.

RD: 20181128-V-00000003-GoAZ-5000-1

Mitteilung an den Empfänger

Hiermit erhalten sie eine Ausfertigung der Feststellung vom 29.11.2018 zur entsprechenden Kenntnisnahme und Kenntnisgabe.



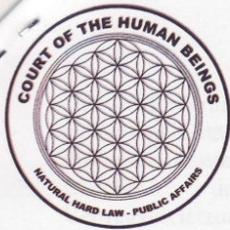
elisabeth von LINDENTHAL, Assistenz at CHB USA-WA D.C.

Court Of The HUMAN Beings (CHB) Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

Federal Republic – Basics StGBl. No. 139/1918 from 19-12-1918
Act of Regulation HK from 05-10-1961, WuD from 18 24-04-1961

Documents of proof:

Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014
Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014
Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013



CHB
Court Of The Human Beings
Network Human Rights

CHB – Duty Court
public pre-state court for
primary-prerogative natural law

Court Of The Human Beings
(Art. 73 UN-Charta to Art. 149 GC IV)

Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor
[USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

CHB Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON DC
20181128-V-00000003-GoAZ-5000-1

Referatsleitung – Abt. 501
Jens Matthias LORENZ
c/o Auswärtiger Dienst
Werderscher Markt 1

[DE-10117] BERLIN

1. Ausfertigung in deutscher Sprache

29.11.2018 n. Chr.

Feststellung

RD: 20181128-V-00000003-GoAZ-5000-1

Feststellung

Am 22.10.2018 erhielt Jens Matthias LORENZ in der Funktionspersonifikation des Referatsleiter der Abteilung 501 vom auswärtigen Dienst für völkerrechtliche Verträge für die Bundesrepublik Deutschland o.A. eine E-Post (E-Mail) von Professor mustafa-selim SÜRMELE, dem Leiter des IZMR (Internationales Zentrum Menschenrecht) und der Akademie Menschenrecht, infolge eines zuvor geführten Telefonates. Der Inhalt der E-Post war, die durch Erläuterungen untermauerte Aufforderung der verpflichtenden Bekanntgabe des Zustellungs- und Prozeßbevollmächtigten für positive Vertragsverletzungsschutzverfahren im auswärtigen Dienst als Vertreter für die Bundesrepublik Deutschland. Der Aufforderung sollte schriftlich bis zum 31.10.2018 – 24:00 Uhr nachgekommen werden, wobei eine Entäußerung die Annahme, daß Jens Matthias LORENZ selbst der Zustellungs- und Prozeßbevollmächtigte für positive Vertragsverletzungsschutzverfahren im auswärtigen Dienst als Vertreter für die Bundesrepublik Deutschland ist und diese Verantwortung akzeptiert, bestätigen würde.

Court Of The HUMAN Beings (CHB) Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

Federal Republic – Basics StGBI, No. 139/1918 from 19-12-1918
Act of Regulation HK from 05-10-1961, WuD from 18.24-04-1961

Documents of proof:

Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014
Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014
Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013

Der Aufforderung wurde innerhalb der vorgegebenen Frist nicht nachgekommen, was eine eindeutige Entäußerung darstellt. Das Gericht stellt hiermit fest, daß die Annahme von Professor mustafa-selim SÜRMELE den Tatsachen entspricht und daß Jens Matthias LORENZ der Zustellungs- und Prozeßbevollmächtigte für positive Vertragsverletzungsschutzverfahren im auswärtigen Dienst als Vertreter für die Bundesrepublik Deutschland ist und diese Verantwortung akzeptiert.

Die Abteilung 501 vom auswärtigen Dienst für völkerrechtliche Verträge für die Bundesrepublik Deutschland o.A. unter der Leitung von Jens Matthias LORENZ in der Funktionspersonifikation des Referatsleiters dient als Schnittstelle für den diplomatischen Schriftverkehr und die Kommunikation zwischen den Jurisdiktionen der öffentlich-vorstaatlichen Institutionen und der Jurisdiktion der Bundesrepublik Deutschland. Pflichtverletzungen führen in die Obligationschuldspflicht. Bei Untätigkeit mit Fristverletzungen als Folge, haftet der Zustellungs- und Prozeßbevollmächtigte nebst seinen subalternen für alle entstandenen materiellen und immateriellen Schäden, Folgeschäden und Folgebeseitigungsschäden privat und gesamtschuldnerisch.



gez.: franz MATHEUS VON MOSELWEIHS,
HRM at CHB USA-WA D.C

Anlage:
Rechtsschutzmittelbelehrung

Es wird hiermit öffentlich -ordre public- beglaubigt, daß die vorstehende Ausfertigung mit dem Original der signierten, gesiegelten und HRM-Signum beglaubigten Feststellung übereinstimmt.

Urkundsbeamter: elisabeth von LINDENTHAL

Signatur des Urkundsbeamten: elisabeth v. L. Lindenthal

Amtsstempel, Datum



Rechtsmittelbelehrung

Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder Beschluß
im vorstaatlichen Naturrecht in Rechtsanbindung des Völkerrecht
vor Bundes- und Landesgesetzen

Die Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder der Beschluß kann mit der (sofortigen) Beschwerde oder Ein- oder Widerspruch nur dann angefochten werden, wenn sie tatsächlich objektiv falsch ist. Sie ist nur zu Recht innerhalb einer Notfrist von drei Wochen (21 Tage) beim Gerichtshof der Menschen [GdM] ohne Rechtsmißbrauch einzulegen oder Klage zu erheben, wenn die Personen zur Klage berechtigt sind. Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag - oder prozeßfähig,
sondern nur schuldhaft und schuldfähig in der Obligation,**

denn für juristische Personen des öffentlichen Recht gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder des Beschlusses. Beschwerde- oder Ein- oder Widerspruchsberechtigt ist, wer durch diese(n) Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung in seinem Recht beeinträchtigt ist. Dieses setzt keine Bindewirkung, keine Fristen, kein Versäumnis des Vollzugs und Vollstreckungen der Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder des Beschlusses aus.

Die Beschwerde oder der Ein- oder Widerspruch wird durch Einreichung einer Schrift eingelegt, wobei es für die Einhaltung der Frist auf den Eingang beim Gerichtshof der Menschen [GdM] ankommt. Mit der sofortigen Beschwerde oder Ein- oder Widerspruch kann in einer Notlage ein einstweiliger Rechtsschutz geboten sein und ist binnen einer Woche (7 Tage) beim Gerichtshof der Menschen ohne Rechtsmittelmisbrauch einzulegen.

Sie ist vom Beschwerde- oder Ein- oder Widerspruchsbeschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen und beim

Gerichtshof der Menschen [GdM] - Court Of The Human Beings [CHB]

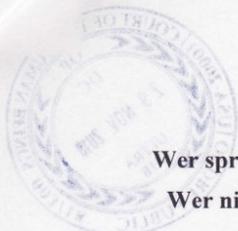
GdM Balexert Tower, 18, Avenue Louis-Casali [CH-1209] GENÈVE

oder

CHB Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

ohne Rechtsmißbrauch einzulegen. Die Beschwerde oder der Ein- oder Widerspruch sowie Klage muß die Rechtdurchsetzung der/des angefochtenen Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung zitieren sowie die Erklärung enthalten, daß Rechtsschutzmittel gegen diese(n) Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung eingelegt wird und der Rechtsschutz zu benennen, zu begründen und glaubhaft zu machen ist.

Soll die Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder der Beschluß nur zum Teil angefochten werden, so ist der Umfang der Beschwerde oder des Ein- oder Widerspruchs zu benennen, zu begründen und glaubhaft zu machen.



ACHTUNG:

Grund-Maxime des rechtlichen Gehörs:

Wer sprechen kann, sprechen darf und sprechen muß, muß sprechen!

Wer nicht sprechen kann und nicht sprechen darf, muß schweigen!

Die Bediensteten der Verbände juristischer Personen haben es grundsätzlich zu unterlassen, das Recht des Menschen nach Lust und Laune grundsätzlich auszusetzen, da sie Grundrecht verpflichtet und nicht Grundrecht berechtigt sind (BVerfGE 1 BvR 1766/2016). Die Bediensteten können sich im Dienst (Dokument 12.1-23/17 zentrale Polizeidirektion Niedersachsen - 12. Dezernat) nicht auf ein Grundrecht berufen und haben Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen unter allen Umständen anzuwenden und die Anwendung durchzusetzen (genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, Art. 73 UN-Charta).

Gemäß § 80 VwGO muß jeder Verwaltungsakt begründet und glaubhaft gemacht werden, auch Hausverbot und Telefonauflegen oder nicht antworten. In den Fällen, in denen die Vollziehung oder die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten von der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, besonders angeordnet wird, ist das besondere Interesse an der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts schriftlich zu begründen. Einer besonderen Begründung bedarf es nicht, wenn die Behörde bei Gefahr im Verzug, insbesondere bei drohenden Nachteilen für Leben, Gesundheit oder Eigentum vorsorglich eine als solche bezeichnete Notstandsmaßnahme im öffentlichen Interesse trifft.

Zu beachten ist, daß verfassungrechtliche Streitigkeiten (§ 40 VwGO) nicht erlaubt sind. Gemäß Art. 17a Grundrecht haben Bedienstete keine Meinung oder Interesse im öffentlichen Recht in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Damit ist § 80 VwGO unbedingt in § 40 VwGO nur im nichtverfassungrechtlichen Tathandeln erlaubt.

Beachten sie die Obligationsregeln, da Schäden geltend gemacht werden (§ 41 ZPO).

Bitte für die Post vollständig ausschreiben:

Gerichtshof der Menschen [GdM] – GENF

Amtliche GdM Poststelle für GERMANY

Bielfeldtweg 26

[DE-21682] STADE

Court Of The Human Beings [CHB] – WASHINGTON D.C.

Amtliche CHB Poststelle für GERMANY

Bielfeldtweg 26

[DE-21682] STADE

Verweise:

http://gerichtshof-mensch.org/files/2017_06_03-Korrektur--ROM-II---Grundlagen-der-Obligation-ver-2008-02_27-1854.pdf

http://gerichtshof-mensch.org/files/2017_06_03-Korrektur--ROM-II---GdM--bQ.pdf



ACHTUNG

Grund-Richtlinien des rechtlichen Gehörs

... können kann, sprechen darf und sprechen darf, muss sprechen
... nicht sprechen kann und nicht sprechen darf, muss schweigen

Die Funktionen der Vorstände juristischer Personen haben es grundsätzlich zu tunlassen,
das Recht des Menschen nach List und Lamm grundsätzlich anzuwenden, da sie Grundrecht
verfügen und nicht Grundrecht bezeugt sind (BVerfGE 1, 186-201). Die
Bestimmungen können sich im Dienst (Dokument 12-1-2017) sowie Polizeibehörden
(Polizeibehörden - 12. Dezember) nicht auf ein Grundrecht berufen und haben Vorkenntnis vor
Bundes- und Landesgesetz unter allen Umständen zu ermitteln und die Auswertung
durchzusetzen (siehe Abkommen IV - 28.8.2018, Nr. 73 UN-Chef).

Genäß § 80 VwGO muß jeder Verwaltungsakt begründet und gültig gemacht werden.
auch Hinweis auf die Sachverhalte oder nicht anzuwenden. In den Fällen, in denen die
Vollziehung oder die Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im öffentlichen
Interesse eines Beteiligten von der Behörde, die den Verwaltungsakt erläßt, oder über den
Widerspruch zu entscheiden hat, besondere angeordnet wird, ist das besondere Interesse an
der sofortigen Vollziehung zu berücksichtigen. Es ist nicht zu berücksichtigen, dass besondere
Hilfsleistung besteht, es nicht, wenn die Behörde bei Eintritt im Vorzug insbesondere bei
wichtigen Interessen für Leben, Gesundheit oder Eigentum vorzuziehen sind die nicht
besondere Verwaltungsakte im öffentlichen Interesse trifft.

zu beachten ist, daß vorläufige Beschlüsse im öffentlichen Interesse § 80 VwGO nicht erlassen sind.
Genäß Art. 17a Grundgesetz haben Behörden keine Befugnisse zur Verhängung von öffentlichen
Recht in Wort, Schrift und Bild für zu erlassen und zu verhängen. Denn in § 80 VwGO
bedeutet in § 80 VwGO nur für nichtvorläufige Beschlüsse im öffentlichen Interesse.

Rechtlich sind die Entscheidungen der Behörden gültig gemacht worden (§ 41 SGO).

Bitte für die Fortvollendung anzuregen.

Geschäftsbereich der Menschen (GdM) – GEM

Amliche GdM Postfach für GERMANY

Hilfsleistung 10
[DE-1100] STADT

Court Of The Human Beings (CHB) – WASHINGTON D.C.

Amliche CHB Postfach für GERMANY

Hilfsleistung 10
[DE-1100] STADT

1/2008

...
...

...



CHB
Court Of The Human Beings
Network Human Rights

CHB – Duty Court
public pre-state court for
primary-prerogative natural law

Court Of The Human Beings
(Art. 73 UN-Charta to Art. 149 GC IV)

Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor
[USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

CHB Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON DC
20181128-V-00000003-GoAZ-5000-1

Referatsleitung – Abt. 501
Jens Matthias LORENZ
c/o Auswärtiger Dienst
Werderscher Markt 1

[DE-10117] BERLIN

1st Copy

November 29, 2018 A.D.

Ascertainment

RD: 20181128-V-00000003-GoAZ-5000-1

Ascertainment

On October 22, 2018, Jens Matthias LORENZ received an e-mail from Professor mustafaselim SÜRMELE, the head of the International Centre for Human Rights (ICHR) and the Academy of Human Rights, in the personification of the function of the head of division 501 of the Foreign Service for International Treaties for the Federal Republic of Germany, from Professor mustafa-selim SÜRMELE, as a result of a previous telephone call. The content of the e-mail was the call, supported by explanations, for the obligatory announcement of the authorized service agent and trial counsel for positive infringement proceedings in the foreign service as representative for the Federal Republic of Germany. The request should be complied with in writing by October 31, 2018 - 00:00 h, whereby a withdrawal would confirm the assumption that Jens Matthias LORENZ himself is the authorized service agent and counsel for positive infringement proceedings in the Foreign Service as representative for the Federal Republic of Germany and accepts this responsibility.

Court Of The HUMAN Beings (CHB) Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

Federal Republic – Basics StGBI. No. 139/1918 from 19-12-1918
Act of Regulation HK from 05-10-1961, WuD from 18-24-04-1961

Documents of proof:

Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85– 15 /2014
Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014
Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139 2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013

The request was not complied with within the prescribed period, which is a clear statement. The Court hereby declares that the acceptance of Professor mustafa-selim SÜRMELEI corresponds to the facts and that Jens Matthias LORENZ is the authorized service agent for positive infringement proceedings in the foreign service as representative for the Federal Republic of Germany and accepts this responsibility.

Division 501 of the Foreign Service for International Treaties for the Federal Republic of Germany, headed by Jens Matthias LORENZ, serves as an interface for diplomatic correspondence and communication between the jurisdictions of the public-sector institutions and the legal fiction of the Federal Republic of Germany. Breaches of duty lead to the obligation to pay debts. In the event of inactivity resulting in a breach of time limits, the person authorized to deliver and to sue shall be liable in addition to his subalterna for all material and immaterial damages, consequential damages and elimination of consequential damages privately and jointly and severally.



signed: franz MATHEUS VON MOSEL WEIHS,
HRM at CHB USA-WA D.C

Attachment:

Legal protection instruction in German language

Es wird hiermit öffentlich -ordre public- beglaubigt, daß die vorstehende Ausfertigung mit dem Original der signierten, gesiegelten und HRM-Signum beglaubigten Feststellung übereinstimmt.

Urkundsbeamter: elisabeth von LINDENTHAL

Signatur des Urkundsbeamten: elisabeth v Lindenthal

Amtsstempel, Datum



Rechtscutzmittelbelehrung

Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder Beschluß
im vorstaatlichen Naturrecht in Rechtenbindung des Völkerrecht
vor Bundes- und Landesgesetzen

Die Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder der Beschluß kann mit der (sofortigen) Beschwerde oder Ein- oder Widerspruch nur dann angefochten werden, wenn sie tatsächlich objektiv falsch ist. Sie ist nur zu Recht innerhalb einer Notfrist von drei Wochen (21 Tage) beim Gerichtshof der Menschen [GdM] ohne Rechtsmißbrauch einzulegen oder Klage zu erheben, wenn die Personen zur Klage berechtigt sind. Ein Verband juristischer Personen ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag - oder prozeßfähig,
sondern nur schuldhaft und schuldig in der Obligation,**

denn für juristische Personen des öffentlichen Recht gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder des Beschlusses. Beschwerde- oder Ein- oder Widerspruchsberechtigt ist, wer durch diese(n) Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung in seinem Recht beeinträchtigt ist. Dieses setzt keine Bindewirkung, keine Fristen, kein Versäumnis des Vollzugs und Vollstreckungen der Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder des Beschlusses aus.

Die Beschwerde oder der Ein- oder Widerspruch wird durch Einreichung einer Schrift eingelegt, wobei es für die Einhaltung der Frist auf den Eingang beim Gerichtshof der Menschen [GdM] ankommt. Mit der sofortigen Beschwerde oder Ein- oder Widerspruch kann in einer Notlage ein einstweiliger Rechtscutzh geboten sein und ist binnen einer Woche (7 Tage) beim Gerichtshof der Menschen ohne Rechtsmittelmißbrauch einzulegen.

Sie ist vom Beschwerde- oder Ein- oder Widerspruchsbeschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen und beim

Gerichtshof der Menschen [GdM] - Court Of The Human Beings [CHB]

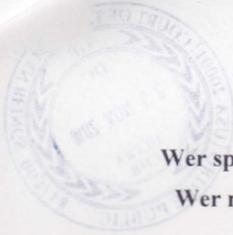
GdM Balxert Tower, 18, Avenue Louis-Casaï [CH-1209] GENÈVE

oder

CHB Capitol Hill - 20 F Street, 7th Floor [USA/WA-20001] WASHINGTON D.C.

ohne Rechtsmißbrauch einzulegen. Die Beschwerde oder der Ein- oder Widerspruch sowie Klage muß die Rechtdurchsetzung der/des angefochtenen Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung zitieren sowie die Erklärung enthalten, daß Rechtscutzmittel gegen diese(n) Feststellung / Entscheidung / Beschluß / Verfügung eingelegt wird und der Rechtscutzh zu benennen, zu begründen und glaubhaft zu machen ist.

Soll die Feststellung / Entscheidung / Verfügung oder der Beschluß nur zum Teil angefochten werden, so ist der Umfang der Beschwerde oder des Ein- oder Widerspruch zu benennen, zu begründen und glaubhaft zu machen.



ACHTUNG:

Grund-Maxime des rechtlichen Gehörs:

Wer sprechen kann, sprechen darf und sprechen muß, muß sprechen!

Wer nicht sprechen kann und nicht sprechen darf, muß schweigen!

Die Bediensteten der Verbände juristischer Personen haben es grundsätzlich zu unterlassen, das Recht des Menschen nach Lust und Laune grundsätzlich auszusetzen, da sie Grundrecht verpflichtet und nicht Grundrecht berechtigt sind (BVerfGE 1 BvR 1766/2016). Die Bediensteten können sich im Dienst (Dokument 12.1-23/17 zentrale Polizeidirektion Niedersachsen - 12. Dezernat) nicht auf ein Grundrecht berufen und haben Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen unter allen Umständen anzuwenden und die Anwendung durchzusetzen (genfer Abkommen IV - SR 0.518.51, Art. 73 UN-Charta).

Gemäß § 80 VwGO muß jeder Verwaltungsakt begründet und glaubhaft gemacht werden, auch Hausverbot und Telefonauflegen oder nicht antworten. In den Fällen, in denen die Vollziehung oder die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten von der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, besonders angeordnet wird, ist das besondere Interesse an der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts schriftlich zu begründen. Einer besonderen Begründung bedarf es nicht, wenn die Behörde bei Gefahr im Verzug, insbesondere bei drohenden Nachteilen für Leben, Gesundheit oder Eigentum vorsorglich eine als solche bezeichnete Notstandsmaßnahme im öffentlichen Interesse trifft.

Zu beachten ist, daß verfassungsrechtliche Streitigkeiten (§ 40 VwGO) nicht erlaubt sind. Gemäß Art. 17a Grundrecht haben Bedienstete keine Meinung oder Interesse im öffentlichen Recht in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Damit ist § 80 VwGO unbedingt in § 40 VwGO nur im nichtverfassungsrechtlichen Tathandeln erlaubt.

Beachten sie die Obligationsregeln, da Schäden geltend gemacht werden (§ 41 ZPO).

Bitte für die Post vollständig ausschreiben:

Gerichthof der Menschen [GdM] – GENF

**Amtliche GdM Poststelle für GERMANY
Bielfeldtweg 26
[DE-21682] STADE**

Court Of The Human Beings [CHB] – WASHINGTON D.C.

**Amtliche CHB Poststelle für GERMANY
Bielfeldtweg 26
[DE-21682] STADE**

Verweise:

http://gerichthof-mensch.org/files/2017_06_03-Korrektur---ROM-II---Grundlagen-der-Obligation-ver-2008-02_27-1854.pdf

http://gerichthof-mensch.org/files/2017_06_03-Korrektur---ROM-II---GdM--bQ.pdf

V R S

RH 64 045 077 ZDE

RH 64 045 077 ZDE



- AR-Rückschein / Avis de réception / Advice of delivery -

Am Bestimmungsort auszufüllen /
A remplir par le bureau de destination /
To be completed by office of destination

Empfänger der Sendung / Destinataire de l'envoi / Addressee
de Buergerlich-Dienst, Akt. Sol. J. H. Lorenz

Sendungsnummer / No de l'envoi / Item number
RH 64 045 077 ZDE

Art der Sendung / Nature de l'envoi / Type
 Brief / Lettre / Envelope / Resonanzkarte / Registered
 Paket / Colis / Parcel (nur Vertragskunden)

Bitte diesen Aufkleber auf der Vorderseite der Sendung anbringen.

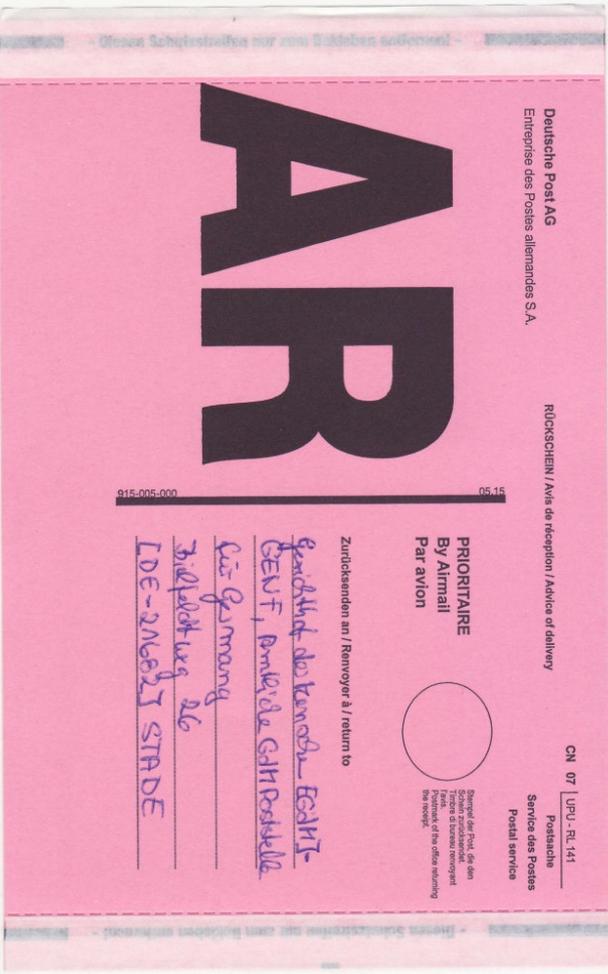
**Ug. Sendung wurde ordnungsgemäß ausgeliefert /
L'envoi mentionné ci-dessus a été dûment livré /
The article mentioned above was duly delivered**

Datum und Unterschrift / Date et signature / date and signature

* Dieser Rückschein kann vom Empfänger oder wenn die Vorschriften des Beförderungsvertrages vorliegen, vom ersten Beauftragten oder Mitarbeiter des Frachtkontowahrsamers bei Beförderungsort unterschrieben werden.
 * Ce avis pourra être signé par le destinataire ou, si les règlements du pays de destination le permettent, par une autre personne autorisée au nom du bureau de destination.
 * The receipt must be signed by the addressee or a person authorized to sign under the regulations of the country of destination or if those regulations so provide, by the employee of the office of destination.

Hierzu in Originalform (oder anderen elektronischen Identifikationsform) vom Empfänger an den Absender zu übersenden (für weitere Details siehe Rückseite)

- AR-Rückschein / Avis de réception / Advice of delivery -



Internationales Zentrum für Menschenrecht

Biefeldtweg 26, [DE-21682] STADE

völkerrechtliche Verträge:

Art. 125 genfer Konvention 0.518.42, Anhang III
Art. 142 genfer Konvention 0.518.51, Anhang IV

Art. 1 genfer Konvention 0.518.42 und 0.518.51

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

Art. 25 GG: portofreie KRIEGSOPFER - und ZWANGSINTERNIERTENPOST

PORTOFREI



RÜCKSCHEIN
Avis de réception
Advice of delivery

Deutsche Post 

<input type="checkbox"/> EINSCHREIBEN EINWURF	<input checked="" type="checkbox"/> EINSCHREIBEN (Recommandé)	<input type="checkbox"/> EIGENHÄNDIG (A remettre en main propre)
<input type="checkbox"/> INT. NACHNAHME (Remboursement)	<input checked="" type="checkbox"/> RÜCKSCHEIN (Avis de réception)	

ET 912.671-800 **R** RH 64 045 077 2DE 

- AR-Rückschein / Avis de réception / Advice of delivery -

Art der Sendung / Nature de l'envoi / Type

Brief / Lettre / Letter - Einschreiben / Recommandé / Registered
 Paket / Colis / Parcel (nur Vertragskunden)

Sendungsnummer / No de l'envoi / Item number

RH 64 045 077 2DE

Bitte diesen
Aufkleber auf
der Vorderseite
der Sendung
anbringen.

Empfänger der Sendung / Destinataire de l'envoi / Addressee

c/o Buchaufg-Dienst, Prof. Dr. J. H. KREUZ

O.g. Sendung wurde ordnungsgemäß ausgeliefert /
L'envoi mentionné ci-dessus a été dûment livré /
The article mentioned above was duly delivered

Datum und Unterschrift / Date et signature / date and signature

* Dieser Rückschein kann vom Empfänger oder wenn die Vorschriften des Bestimmungsortes dies verlangen, von einem Beauftragten oder Mitarbeiter des Postbetriebs in Bestimmungsort unterschrieben werden.

* Cet avis pourra être signé par le destinataire ou, si les règlements du pays de destination le permettent, par une autre personne autorisée au par l'agent du bureau de destination.

* This receipt must be signed by the addressee or a person authorized to sign under the regulations of the country of destination or it have registered so provided, by the employee of the office of destination.

Name in Großbuchstaben (oder andere eindeutige Identifizierung)
Nom en lettres capitales (ou autre clare identification)

- AR-Rückschein / Avis de réception / Advice of delivery -

Am Bestimmungsort auszufüllen /
To be completed by office of destination

Deutsche Post AG
Entreprise des Postes allemandes S.A.

RÜCKSCHEIN / Avis de réception / Advice of delivery

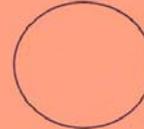
CN 07 UPU - RL 141

Postsache
Service des Postes
Postal service

AR



PRIORITAIRE
By Airmail
Par avion



Stempel der Post, die den
Schein zurücksendet.
Timbre di bureau renvoyant
l'avis.
Postmark of the office returning
the receipt.

Zurücksenden an / Renvoyer à / return to

Gesichtshof des Kantons EGDI-
GENÈVE, Amt der GdM Poststelle
für Genève
Bühlfeldstr. 26
[DE-21682] STADE

RH 64 045 077 2DE

- Brief / Lettre / Letter - Einschreiben / Recommandé / Registered
 Paket / Colis / Parcel (nur Vertragskunden)



Bitte diesen
Aufkleber auf
der Vorderseite
der Sendung
anbringen.

Empfänger der Sendung / Destinataire de l'envoi / Addressee

elo Auswärtige Dienst, Abt. 501 J.H. LORENZ

Am Bestimmungsort auszufüllen /
A remplir par le bureau de destination /
To completed by office of destination

O.g. Sendung wurde ordnungsgemäß ausgeliefert /
L'envoi mentionné ci-dessus a été dûment livré /
The article mentioned above was duly delivered

07. DEZ. 2018
[Signature]
Datum und Unterschrift* / Date et signature* / date and signature*

* Dieser Rückchein kann vom Empfänger oder wenn die Vorschriften des Bestimmungslandes dies vorsehen, von einem Beauftragten oder Mitarbeiter des Postnetzbetreibers in Bestmungsland unterschrieben werden.

* Cet avis pourra être signé par le destinataire ou, si les règlements du pays de destination le prévoient, par une autre personne autorisée au par l'agent du bureau de destination.

* This receipt must be signed by the addressee or a person authorized to sign under the regulations of the country of destination or if those regulations so provide, by the employee of the office of destination.

Name in Großbuchstaben (oder andere eindeutige Identifikation)
Nom du destinataire en lettres majuscules (ou autre moyen clair d'identification)
Name of recipient in capital letters (or other clear identification)